



13.07.2011 – 10:12 Uhr

pafl: 45 Asylgesuche im ersten Halbjahr 2011

Vaduz (ots/pafl) -

Durchschnittlich 7,5 Personen haben in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres in Liechtenstein um Asyl angesucht. Gesamthaft waren es 45 Gesuche - am meisten im März mit 14, am wenigsten im Mai mit deren drei. Der grösste Teil der Anträge wurden im ersten Halbjahr von Staatsangehörigen der russischen Föderation gestellt (14), gefolgt von serbischen Staatsangehörigen (11). Weitere Gesuche brachten Bürger Afghanistans (3), von Benin (1), Bosnien-Herzegowina (1), Iran (2), Kirgistan (3), dem Kosovo (4), Nigeria (3) und Ungarn (1) ein. Hinzu kommen zwei Gesuche von Staatenlosen.

Diesen 45 Gesuchen stehen im gleichen Zeitraum 32 Abgänge aus dem Asylverfahren gegenüber. 13 Personen haben ihr Gesuch zurückgezogen, neun sind untergetaucht, sieben konnten aufgrund der Rückübernahmeabkommen mit der Schweiz und Österreich in den für das Asylgesuch zuständigen Staat überstellt werden. Zwei Personen reisten kontrolliert, also mit gültigen Reisepapieren, aus Liechtenstein aus. Darüber hinaus wurde einer Person Asyl gewährt und ihr eine Aufenthaltsbewilligung der Kategorie B ausgestellt. Weitere sieben Personen haben einen rechtskräftigen negativen Asylentscheid erhalten. Diese werden Liechtenstein verlassen, sobald für sie die notwendigen Reisedokumente über die zuständigen Botschaften beschafft worden sind.

Insgesamt befinden sich derzeit 57 Asylsuchende in Liechtenstein, von denen sieben über eine vorläufige Aufnahme (Bewilligung F) verfügen. Untergebracht sind sie grösstenteils im Aufnahmezentrum in Vaduz, aber auch in zwei Wohnhäusern im Unterland, die sich im Besitz des Staates befinden. Einzelne Asylsuchende wohnen darüber hinaus in von ihnen selbst finanzierten Mietwohnungen. Machbar ist dies, da Asylsuchende in Liechtenstein von Gesetzes wegen verpflichtet sind, nach Möglichkeit selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Dies geschieht einerseits im Rahmen der so genannten Nachbarschaftshilfe, bei der die Asylsuchenden stundenweise bei Privatpersonen oder auch monatsweise beziehungsweise dauerhaft in der Privatwirtschaft einer Arbeit nachgehen. Längerfristige Arbeitsverhältnisse für die Gesuchsteller zu finden, gestaltet sich allerdings vielfach äusserst schwierig. Daher besteht für Asylsuchende, die keine Arbeit finden, andererseits die Möglichkeit, sich am Beschäftigungsprogramm des Landes zu beteiligen. Im Rahmen dieses Programms hat eine ganze Reihe von Asylsuchenden zwischen Januar und Juni insgesamt rund 2100 Stunden bei verschiedenen Ämtern der Landesverwaltung sowie Liechtensteiner Gemeinden gearbeitet und dabei Aufräumarbeiten in Wäldern geleistet, beim Tribünenbau der Lie-Games mitgeholfen, Kanalböschungen gerodet oder andere Arbeiten durchgeführt, die sonst aus Mangel an personellen Ressourcen aufgeschoben hätten werden müssen.

Im zweiten Halbjahr 2011 wird das Ausländer- und Passamt unter anderem die Verfahren der sich noch im Land befindenden 26 Personen zu Ende bringen, die im Herbst 2009 zusammen mit rund 200 weiteren Personen aus Ostafrika um Asyl angesucht haben. Dabei handelt es sich gemäss den Angaben der Asylsuchenden selbst um 16 Personen Somalischer Herkunft, neun Eritreer und eine Person aus Äthiopien. Diese werden derzeit zu ihren Asylgründen befragt, damit die Regierung entscheiden kann, welche Art der Aufenthaltsbewilligung - vorläufige Aufnahme oder B-Bewilligung - sie gemäss Flüchtlingsgesetz erhalten.

Kontakt:

Ausländer- und Passamt
Heribert Beck, Leiter Abteilung Asyl
T +423 236 61 54

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100700831> abgerufen werden.